

Wählergruppe Schneider  
Matthias Schneider  
Stettiner Str. 6  
67346 Speyer

14.6.2023

Hauptverwaltung  
Herrn Ernst Müller  
Maximilianstr. 100  
67346 Speyer

### **Anfrage zur Standortanalyse für Flüchtlingsunterkünfte**

Sehr geehrter Herr Müller,

wir bitten um Beantwortung folgender Fragen in der nächsten Ratssitzung am 29. Juni 2023.

Für die Errichtung eines Containerdorfes zur Unterbringung von Asylanten bzw. Flüchtlingen wurden 22 Standorte auf der Speyerer Gemarkung untersucht. Dieser Analyse wurden anscheinend nicht alle möglichen Standorte unterzogen.

Dazu folgende Fragen:

1. Im nördlichen Bereich der Tullastraße befinden sich lt. Bebauungsplan 012a-Alte-Speyerer-Weide, zwei unbebaute Grundstücke bzw. Grünflächen.  
In Verlängerung der Straßen „Haselweg“ und „Am Stöckelgraben“ ein ca. 150 x 150 Meter großes Areal und im Bereich der Kurve eine dreieckige Fläche, im Bebauungsplan als „ehemaliger Lagerplatz“ bezeichnet (s. Pfeile auf Karte).  
Warum wurden diese Flächen nicht hinsichtlich ihrer Eignung untersucht?
2. Die KiTa und das benachbarte Gebäude des ehemaligen Hilgardstiftes in der Bartholomäus-Welz-Straße sind seit mehreren Jahren ungenutzt. Nach unserem Kenntnisstand befinden sich das ganze Gelände und die Gebäude im Eigentum der evangelischen Diakonissenanstalt.  
Wurde beim Eigentümer angefragt, ob er Grundstück und Gebäude für eine Flüchtlings- bzw. Asylantenunterkunft zur Verfügung stellt?  
Falls nein, warum wurde nicht nachgefragt?  
Wenn ja, was war das Ergebnis dieser Anfrage?  
Besteht aufgrund der Zweckentfremdungssatzung Wohnraum (ZES) eine Handhabe, vom Eigentümer die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften einzufordern?

3. Bei den bisher vorgeschlagenen Standorten (Nr. 4 Alte Rheinländer Str. und Nr. 13 Butenschönstraße) wurde von den betroffenen Anwohnern kritisiert, daß sie in die Entscheidung nicht einbezogen und immer nur nachträglich durch die Lokalpresse informiert worden wären. Dies ist insofern unverständlich, als im Oktober 2022 extra eine neue Stabsstelle für Bürgerbeteiligungsprozesse eingerichtet wurde. War diese Stabsstelle bei den Standortentscheidungen im Sinne einer Bürgerbeteiligung involviert? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welcher Weise?

Mit freundlichen Grüßen,  
Matthias Schneider

